

8. Studium und Studierende

Analyse und Prognose

Dirk Lewin

Peer Pasternack

Die Nachfrage nach akademischer Bildung wird in Deutschland bis 2015 steigen und bis 2020 auf einem sehr hohen Niveau stabil bleiben. Im Unterschied zu den westdeutschen Ländern ist in Ostdeutschland aber mit einem massiven Absinken der Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten zu rechnen. In gesamtdeutscher Perspektive könnten nur sowohl eine Aufstockung der Kapazitäten in den westlichen Bundesländern als auch die Auslastung der verfügbaren Kapazitäten der ostdeutschen Hochschulen die insgesamt prognostizierte Nachfrage bedienen. Voraussetzungen für die letztere Bedingung sind allerdings, dass es gelingt, die Mobilität von Studienanfängern und -anfängerinnen zu steigern und diese zugleich in eine innerdeutsche Bildungswanderung von West nach Ost zu lenken. Dabei geht es indes nicht allein um eine formale Auslastung der Studienkapazitäten im Osten Deutschlands, sondern ebenso darum, den Bedarf der regionalen Arbeitsmärkte an hochqualifizierten Absolventen in Ostdeutschland dauerhaft zu befriedigen.

8.1. Studienbedingungen und soziale Situation

Wie die Hochschulrankings in den 90er Jahren und zu Anfang des laufenden Jahrzehnts, die sich auf Studium und Lehre beziehen, anschaulich illustrierten, hatten die Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen lange Zeit einen überdurchschnittlichen Ruf.¹ Ein zentraler Faktor war dabei die Betreuungssituation.

Der Kontakt zu Lehrenden stärkt die Studienmotivation, baut Anonymität im Studium ab, verbessert die Integration von Studierenden in

¹ vgl. Kapitel 9. Leistungsdaten und Reputation. Eine ostspezifische Auswertung der einschlägigen Hochschulrankings, Punkt 9.3. Rankings zu Studium und Lehre

den Studienprozess und beugt einem möglichen Studienfachwechsel oder gar Studienabbruch vor. Neben den sozialen Kontakten zu ihren Kommilitonen sind für die Studierenden regelmäßige Kontakt zu den Lehrenden bedeutsam. Ein Vorzug der ostdeutschen Hochschulen Mitte der 1990er Jahre bestand gerade darin, dass die Betreuungsrelation häufigere Kontakte zwischen Studierenden und Lehrenden ermöglichte, als dies an den Hochschulen in den westdeutschen Ländern zu beobachten war.² (Übersicht 8-1).

Seit etwa 2004 deutet sich an, dass sich die Kontaktsituationen an den ost- und westdeutschen Universitäten annähern. Die Kontakte zwischen Studierenden und Lehrenden haben in Ostdeutschland etwas nachgelassen, bleiben aber besser als an den westdeutschen Universitäten. Die Studierenden an den ostdeutschen Fachhochschulen sind mit den Kontakten zu ihren Lehrenden am zufriedensten. Jedoch zeigt sich auch dort, dass die Kontaktdichte aus der Sicht der Studierenden prozentual nachgelassen hat. Die Hauptursache dafür ist auslastungsbedingt. Durch höhere Studierendenzahlen gleichen sich die Betreuungsrelationen an den ostdeutschen und westdeutschen Hochschulen allmählich an. Besonders guten Kontakt zu ihren Lehrenden haben leistungsstarke Studierende in höheren Semestern und Studierende, die als studentische Hilfskraft oder Tutor/in tätig sind. (Bargel/ Ramm/Multrus 2005: 24).

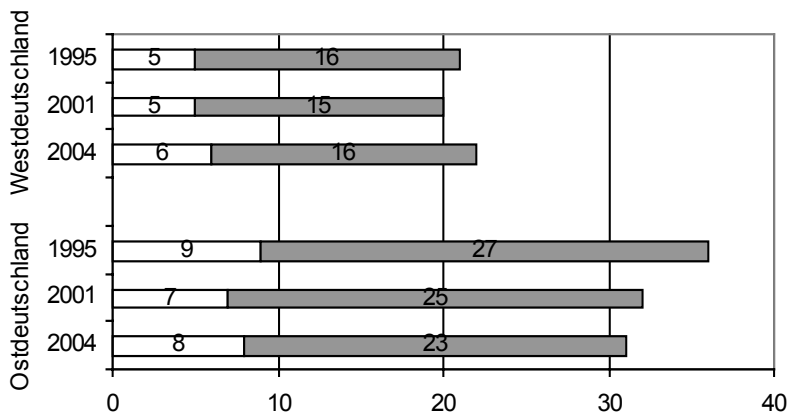
Setzt sich die Angleichung fort, schwindet der von westdeutschen Studieninteressierten thematisierte ‚Betreuungsbonus‘ an den ostdeutschen Hochschulen vollends. Damit verlören die ostdeutschen Hochschulen ein Merkmal, das sie in den zurückliegenden Jahren deutlich positiv von westdeutschen Hochschulen unterschied.

Aus zahlreichen empirischen Untersuchungen ist bekannt, dass die soziale Herkunft³ ein Merkmal mit zentraler Erklärungskraft ist, welches bestehende Zusammenhänge zwischen Zugangsvoraussetzungen und Studienmerkmalen (Wahl der Hochschulart, Wahl des Studienfaches) und regionalen Merkmalen (Wahl des Hochschulortes) verstärkt. Seit den 1980er Jahren ist in der Bundesrepublik ein anhaltender Trend in der so-

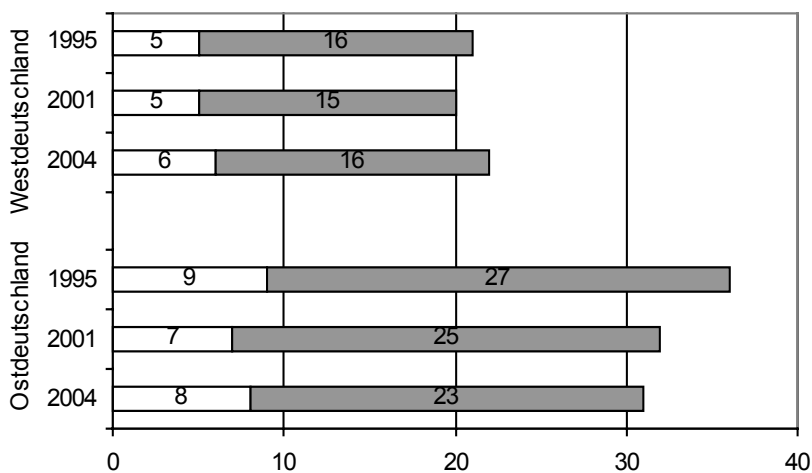
² Rund 46% der Studierenden treffen selten mit ihren Lehrenden zusammen, und etwa jeder Fünfte (22%) Studierende hatte nie Kontakt zu seinen Lehrenden (Bargel/Ramm/Multrus 2005: 24).

³ Für die Berichterstattung zur DSW-Sozialerhebung werden unter Verwendung von drei Angaben zum Elternhaus soziale Herkunftsgruppen gebildet: höchster allgemein bildender Abschluss, höchster berufsqualifizierender Abschluss sowie berufliche Stellung der Eltern (vgl. BMBF 2004: 134).

Universitäten



Fachhochschulen



□ häufig ■ manchmal

Übersicht 8-1: Kontakte zu Lehrenden an Universitäten und Fachhochschulen in Ost- und Westdeutschland (im Urteil der Studierenden)

zialen Zusammensetzung der Studierenden zu beobachten: Der Anteil Studierender aus der sozialen Herkunftsgruppe „hoch“ steigt, während der Anteil aus den beiden unteren Herkunftsgruppen „mittel“ und „niedrig“ sinkt (BMBF 2004: 136ff.).

Diese Entwicklung beruht einerseits auf Veränderungen bei den Beteiligungswerten der einzelnen sozialen Gruppen an der tertiären Bildung und andererseits auf dem Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung. Von 17% im Jahr 1982 ist der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ auf 37% im Jahr 2003 angestiegen. Der Anteil von Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ ist von 23% im Jahr 1982 auf 12% im Jahr 2003 gesunken. In einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten hat sich der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ mehr als verdoppelt und der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ halbiert (BMBF 2004: 138). In der jüngsten Vergangenheit hat sich die Zusammensetzung der Studentenschaft als recht robust erwiesen. In den letzten drei Jahren ist der Anteil von Studierenden aus den beiden Extremgruppen „hoch“ und „niedrig“ um je einen Prozentpunkt gestiegen.⁴ (BMBF 2007: 135)

Allerdings überlagert dieser gesamtdeutsche Trend eine unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Anhand der Daten lässt sich feststellen, dass sich der Osten und der Westen aus gegenläufigen Richtungen auf eine ähnliche soziale Zusammensetzung ihrer Studierendenschaften zubewegen:

- Bereits in der Mitte der 1990er Jahre kündigte sich in den ostdeutschen Ländern an, dass der Anteil von Studierenden aus bildungsnahen Schichten sinken könnte (Lischka 1997: 255). Die Ergebnisse der 17. und der 18. Sozialerhebung bestätigen das: Der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ sank in Ostdeutschland von 42% im Jahr 2000 auf 39% im Jahr 2003 (BMBF 2004: 145) und stagniert seither bei diesem Wert (BMBF 2007: 143).
- Im Jahr 2003 beträgt der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ in Ost- und Westdeutschland 12%. 2006 differiert der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ zwischen Ost- (12%) und Westdeutschland (14%) wieder um zwei Prozentpunkte. (BMBF 2007: 145)

⁴ Der Anteil von Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ ist in den letzten drei Jahren um einen Prozentpunkt auf 38% im Jahr 2006 gestiegen. Der Anteil von Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ ist seit dem Jahr 2003 gleichfalls von 12% auf 13% gestiegen.

- Die Annäherung des Anteils der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ hat sich dagegen auch im Jahr 2006 fortgesetzt, die Differenz zwischen Ost- (39%) und Westdeutschland (37%) ist bis auf zwei Prozentpunkte gesunken.

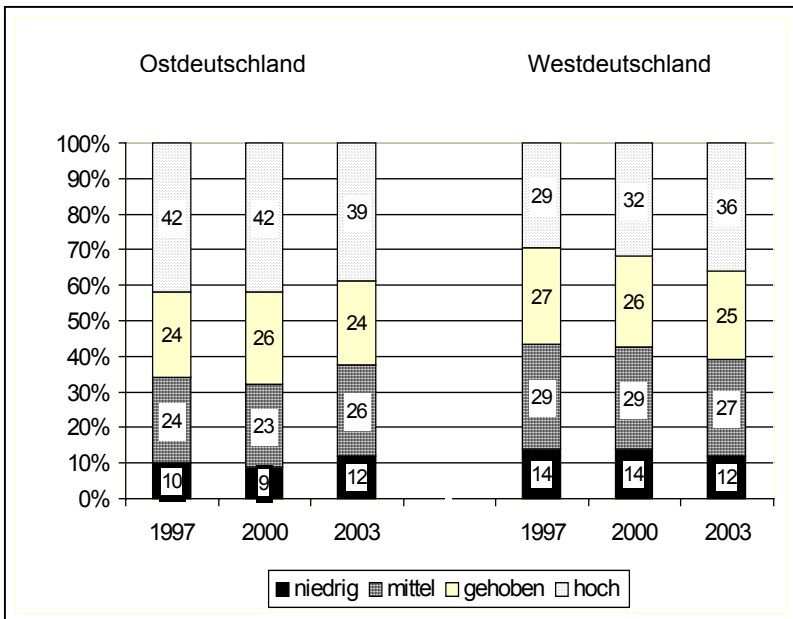
Es zeichnet sich also eine von zwei Seiten erfolgende Annäherung der studentischen Sozialstruktur in Ost- und Westdeutschland ab: während im Westen der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren und/oder bildungsferneren Schichten sinkt, steigt er im Osten (Lischka 2006; Wolter et al. 2004: 17). Die soziale Zusammensetzung der Studierenden in Ostdeutschland hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren tendenziell nach ‚unten‘, in den westdeutschen Ländern jedoch nach ‚oben‘ verschoben hat. (BMBF 2007: 145)

Im Zusammenhang mit der solcherart zustande kommenden Angleichung der sozialen Herkunft der Studierenden in Ost- und Westdeutschland (Lischka 2006; Wolter et al 2004: 17) ist auch die Finanzierung des Studiums zu beleuchten. Neben der Betreuung durch die Hochschullehrer sowie der Ausstattung der Hochschule ist die Studienfinanzierung ein dritter gewichtiger Faktor, der einerseits die Aufnahme eines Studiums und andererseits die Wahl des Hochschulortes und Studienfaches beeinflusst. Diesbezüglich lassen sich bei einer Betrachtung auf dem Zeitstrahl folgende Auffälligkeiten konstatieren:

- 1995 waren deutliche Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Ländern in der Finanzierung des Studiums feststellbar. Die finanzielle Unterstützung durch die Eltern lag in den westdeutschen Ländern bei durchschnittlich 903 DM und in den ostdeutschen Ländern bei 734 DM, wenn von den Studierenden keine Förderung nach dem BAföG in Anspruch genommen wurde. Bei Studierenden, die von ihren Eltern finanziell unterstützt wurden und ergänzend eine Förderung nach BAföG erhielten, lag der Elternbeitrag bei 403 DM in den westdeutschen und bei 315 DM in den ostdeutschen Ländern (BMBF 1996: 166ff.)
- Im Jahr 2003 verfügten Studierende in Westdeutschland mit durchschnittlich 786 € über deutlich höhere monatliche Einnahmen als ihre Kommilitonen in Ostdeutschland, deren durchschnittliche monatlichen Einnahmen bei 666 € lagen.
- Auch im Jahr 2006 unterscheidet sich die Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen Studieren in West- und Ostdeutschland. Mit 788 € verfügen die Studierenden in Westdeutschland um 103 € höhere Einnahmen als ihre Kommilitonen in Ostdeutschland (BMBF 2007: 206).

Dennoch ist festzustellen, dass sich der Differenzbetrag zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden in West- und Ostdeutschland im Zeitraum von 2000 bis 2006 tendenziell verringert hat.

- Studierende in Ostdeutschland, die aus den westlichen Bundesländern zugewandert sind, verfügen 2003 mit durchschnittlich 710 € über höhere monatliche Einnahmen als ihre ostdeutschen Kommilitonen, die über durchschnittlich 665 € monatlich verfügen können. Liegt nun die Differenz im monatlichen Budget bei 45 €, so hatte sie im Jahr 2000 noch 108 € betragen. (BMBF 2004: 169ff.)
- Hinsichtlich der Höhe der monatlichen Einnahmen von Studierenden in Westdeutschland, die aus Ostdeutschland zugewandert sind, und Studierenden, die in den alten Ländern heimisch sind, konnten im Jahr 2003 keine Unterschiede festgestellt werden.



Übersicht 8-2: Studierende nach sozialer Herkunft in Ost- und Westdeutschland

Quelle: BMBF (2004: 145)

Der zuletzt genannte Befund zeigt, dass überwiegend Studienberechtigte aus bildungsnahen und einkommensstarken Schichten Ostdeutschland verlassen und ein Studium an einer westdeutschen Hochschule aufnehmen, da die Eltern ihren Kindern monatliche Zuwendungen bereitstellen (können), die ein Studium in Westdeutschland ermöglichen. Ostdeutsche Studienanfänger aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten entscheiden sich häufiger für ein Studium an einer Hochschule in Ostdeutschland (Lischka 2006: 25ff.).

8.2. Mobilität

Deutsche Studierende sind in der Regel sesshaft (vgl. KMK 2001: 4; KMK 2005a). Im Länderdurchschnitt liegt der Anteil der Studierenden, die weder in ihrem Heimatland noch in einem benachbarten Bundesland studieren, bei 13% (KMK 2005a: 10). Von den Studienanfängern wird in der Regel das nächstliegende Angebot im Nachbarland gesucht, wenn ein Studium im Herkunftsbundesland nicht möglich ist.⁵ Nur in den Fächergruppen Kunst und Kunstwissenschaft, Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften wandern die Studienanfänger/innen häufiger über die benachbarten Länder hinaus (KMK 2005a: 10).

In den ostdeutschen Ländern schwankt der Anteil der Studierenden, die ein Studium im Heimatland aufnehmen, erheblich. In Brandenburg betrug dieser Anteil im Jahr 2003 48%, in Sachsen-Anhalt 61%, in Mecklenburg-Vorpommern 63%, in Sachsen 65% und in Thüringen 65,5%⁶ (KMK 2005a: 25). Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind neben Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Bundesländer, in denen die Landeskinder unterdurchschnittlich ein Studium im Heimatland aufnehmen.

⁵ Dies gilt nicht für Studiengänge mit bundesweitem NC.

⁶ Das Interesse an einem Studium im Heimatbundesland differiert auch nach jüngsten empirischen Untersuchungen von HoF in den einzelnen ostdeutschen Ländern deutlich. Am stärksten heimatbezogen sind die Hochschulzugangsberechtigten in Thüringen: 63% der Studierwilligen wollen dort in ihrem Heimatbundesland studieren. Deutlich geringer ist dagegen dieses Interesse bei den studierwilligen Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt: nur 38% haben den Wunsch, ihr Studium an einer der Landeshochschulen zu beginnen. Von den brandenburgischen Gymnasiasten wollen lediglich 14% ein Studium an einer Hochschule ihres Bundeslandes aufnehmen. (Lischka 2006: 26)

Untersuchungen von Gymnasiasten zeigen, dass der Anteil der studierwilligen Gymnasiasten in Ostdeutschland, der an einer ostdeutschen Hochschule studieren möchte, von 52% im Jahr 2002 auf 63% im Jahr 2005 gestiegen ist. Diese Entwicklung ist in allen ostdeutschen Bundesländern zu beobachten und deutet auf eine zunehmende Sesshaftigkeit der studierwilligen ostdeutschen Gymnasiasten hin. Der Anteil derjenigen, die ihr Studium gern an einer westdeutschen Hochschule aufnehmen würden, stagniert bei 19%. Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Sesshaftigkeit ostdeutscher Hochschulzugangsberechtigter ist die sich verändernde Wahrnehmung der Studienbedingungen an den westdeutschen Hochschulen. Auch die Einführung von Studiengebühren in einigen westdeutschen Ländern dürfte dazu beigetragen haben, dass ostdeutsche Gymnasiasten stärker ein Studium an einer ostdeutschen Hochschule präferieren. (Lischka 2006: 26)

Dennoch ist die Ost-West-Wanderung nach wie vor beträchtlich. Seit den 1990er Jahren ist der Anteil der Studienanfänger/innen in den westdeutschen Ländern gestiegen, der eine Hochschulzugangsberechtigung in Ostdeutschland erworben hat. Wenn auch auf einem relativ geringen Niveau, so ist die Steigerung doch fast stetig und betrug im WS 2003/04 etwa 5% der Studienanfänger/innen an den westdeutschen Hochschulen (Heine et al. 2005: 204). Zu Beginn der 1990er Jahre nahmen etwa 4.800 Studienanfänger/innen (Wintersemester 1991/92) aus Ostdeutschland ein Studium an einer westdeutschen Hochschule auf. Im Wintersemester 2003/04 hatte sich diese Zahl auf rund 10.700 Studienanfänger/innen erhöht. Vor allem die besseren Arbeitsmarktchancen veranlassen ostdeutsche Hochschulzugangsberechtigte zu einem Studium an einer westdeutschen Hochschule (Lischka 2006: 36ff.).

Im Gegenzug wanderten im Berichtszeitraum deutlich weniger Studienanfänger/innen von den westdeutschen in die ostdeutschen Länder. Immatrikulierten sich im Wintersemester 1991/92 etwa 2.000 Studienanfänger/innen an ostdeutschen Hochschulen, die ihre Studienberechtigung in Westdeutschland erworben haben, so betrug deren Zahl im Wintersemester 2003/04 etwa 6.900. Vom Wintersemester 1991/92 (6%) bis zum Wintersemester 2003/04 war ein Anstieg des Anteils westdeutscher Studienanfänger/innen an ostdeutschen Hochschulen auf rund 12% zu beobachten. Vor allem die geringeren Lebenshaltungskosten, die vergleichsweise gute Ausstattung der ostdeutschen Hochschulen, die günstigeren Zulassungschancen und die Betreuungssituation sind Beweggründe, die

Studienberechtigte aus Westdeutschland zu einer Studienaufnahme an einer ostdeutschen Hochschule veranlassen. (Ebd.)

Andererseits hat die Einführung von Studiengebühren die Studienberechtigten in den westdeutschen Ländern bislang nicht dazu bewogen, nun in verstärktem Maß Studienalternativen an ostdeutschen Hochschulen nachzufragen. Etwa drei Viertel der befragten Hochschulzugangsberechtigten aus Westdeutschland möchten auch in Westdeutschland studieren, darunter 37% im Heimatbundesland. Gleichwohl deutet sich an, dass auch Studienberechtigte in Westdeutschland häufiger ein Studium in Ostdeutschland akzeptieren würden, als dies noch im Jahr 2002 der Fall war: Der Anteil der westdeutschen Studienberechtigten, der gegebenenfalls ein Studium in Ostdeutschland aufnehmen würde, ist von 42% im Jahr 2002 auf 63% im Jahr 2005 angestiegen. (Ebd.: 26ff.)

Insgesamt geben die ostdeutschen Länder deutlich mehr Studierende an die alten Länder ab als aus den westdeutschen Ländern nach Ostdeutschland wandern. Der Wanderungssaldo der ostdeutschen Länder liegt im Wintersemester 2005/06 bei -31.400 Studierenden (Destatis 2007a: 29). Hinter den Wanderungsbewegungen in Ost-West-Richtung verbergen sich latent gravierende Probleme:

- Im Gender-Fokus ist auf nachhaltige Konsequenzen hinzuweisen: Vor allem junge Frauen reagieren sensibel auf Signale der Verwertbarkeit akademischer Bildung auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem die leistungsstarken Abiturienten verlassen die ostdeutschen Länder, und in dieser Gruppe ist der Anteil junger Frauen besonders hoch. Über alle Bildungsbereiche und -wege hinweg ist festzustellen, dass die Mädchen und jungen Frauen in den ostdeutschen Ländern sowohl quantitativ stärker an ihnen teilhaben als auch die höheren und besseren Bildungsabschlüsse erwerben. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass die ostdeutschen Länder nicht nur ihre Leistungsträger verlieren, sondern darunter vor allem die leistungsstarken jungen Frauen. Mittelfristig werden dadurch in Ostdeutschland deutlich weniger hochqualifizierte junge Frauen heimisch sein, die durch die Geburt von Kindern zur Bildungsreproduktion beitragen. Damit wird in den ostdeutschen Ländern die Anzahl der Kinder aus bildungsnahen Schichten sinken, was tendenziell einen mittelfristigen Rückgang der Studierwilligkeit und der Bruttostudierquote erwarten lässt. Diese Entwicklung ließe sich nur dadurch stoppen, dass die Verwertungsmöglichkeiten akademischer Bildung in den ost- und westdeutschen Ländern vergleichbar würden.

- Die Kapazitätsauslastung der ostdeutschen Studienplätze wäre selbst bei einer gravierenden Stärkung des Bleibewillens der ostdeutschen Studienberechtigten nicht zu sichern. Daher muss daneben versucht werden, mehr westdeutsche Hochschulzugangsberechtigte zu einem Studium an einer Ost-Hochschule zu bewegen. Hier dürften jedoch – vor dem Hintergrund der aktuell geringen West-Ost-Mobilität – mobilitätsfördernde Maßnahmen notwendig sein. Der Wissenschaftsrat (2006: 41f.) orientiert darauf, dass – sollte es den westdeutschen Ländern nicht gelingen, in den nächsten Jahren ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen zur Verfügung zu stellen – viele Studienberechtigte auf die Angebote an ostdeutschen Hochschulen zurückgreifen könnten. Auch Unterschiede bei der Erhebung von Studiengebühren zwischen west- und ostdeutschen Ländern könnten einen möglichen Mobilitätsanreiz bilden.
- Das Werben um Studierende ist für die östlichen Bundesländer aber nicht nur eine Notwendigkeit, um die vorhandenen Studienkapazitäten auszulasten. Vielmehr stehen die ostdeutschen Länder auch vor der Herausforderung, den Bedarf ihrer regionalen Arbeitsmärkte an hochqualifizierten Absolventen dauerhaft zu befriedigen. Ein Mangel an gut qualifizierten jüngeren Arbeitskräften könnte alle Bemühungen um die Stärkung der ostdeutschen Regionen als Wirtschaftsstandorte empfindlich beeinträchtigen. (Wissenschaftsrat 2006: 41f.; Killisch/Lenz 2007: 123f.)

8.3. Studienwahl

Mitte der 1990er Jahre waren unter den Studienberechtigten in Ost- und Westdeutschland teilweise erhebliche Differenzen in der Bildungsbeteiligung, in der Intensität von Studienabsichten, in den Gründen für die Studienwahl oder den Studienverzicht sowie in der Wahl der Hochschule und des Hochschulortes zu beobachten (Lischka 1997: 159ff.). Diese Unterschiede sind zehn Jahre später in Studienanfänger- und Studierendenbefragungen nur noch sehr vereinzelt feststellbar (Bargel/Ramm/Multrus 2005; Heine et al. 2005; Lischka 2006). Auch der Zeitpunkt und die Beweggründe für die Aufnahme eines Studiums differieren zwischen den Studieninteressierten in Ost- und Westdeutschland nunmehr kaum noch.

Die Verzögerung des Studienbeginns nach Schulabschluss ist in den ostdeutschen Ländern von 2,3 Jahren im Wintersemester 1989/99 auf 2,6 Jahre im Wintersemester 2004/05 angestiegen. In den westdeutschen

Ländern beträgt die Verzögerung zwischen Schule und Studium im Wintersemester 2004/2005 rund 2,8 Jahre (Heine et al. 2005: 79).

Mit einem Studium werden in erster Linie extrinsische Motive von den Studienanfänger/innen verbunden, die auf die berufliche Verwertbarkeit des Studiums auf dem Arbeitsmarkt orientieren (vgl. Becker 2000). Die starke Orientierung auf die berufliche Verwertbarkeit des Studiums, die bereits Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland zu beobachten war, hat mittlerweile auch bei den westdeutschen Gymnasiasten deutlich zugenommen (Lischka 2006: 87; Heine et al. 2005: 79).

Ebenso haben sich die Einschätzungen der Gymnasiasten in West- und Ostdeutschland zur beruflichen Verwertbarkeit des Studiums weiter angeglichen. So schätzten 1996 nur 36% der Gymnasiasten in Sachsen die Arbeitsmarktchancen von Hochschulabsolventen besonders gut ein, während dieser Anteil im Jahr 2004 auf 62% gestiegen ist. Im Gegenzug verringerte sich der Anteil der Gymnasiasten, der sowohl Hochschul- als auch Berufsschulabsolventen gleiche Berufschancen einräumte, von 31% im Jahr 1996 auf 21% im Jahr 2004 (Wolter et al. 2004: 29ff.).

Wie die allmählich steigenden Abiturientenquoten zeigen, erfreut sich das Abitur in Deutschland zunehmender Attraktivität. Allerdings deuten aktuelle Untersuchungen der Studienberechtigten darauf hin, dass deren Studierquote – die Relation von Studienberechtigten zu denjenigen, die ein Studium aufnehmen – seit 2002 (73%) leicht rückläufig ist. Für 2005 wurde eine vorläufige Studierquote von 69% erhoben (Lischka 2006).

Bei der Wahl des Studienfaches dominieren in den letzten Jahren noch intrinsische Motive. Vor allem fachliche und wissenschaftliche Interessen sowie persönliche Begabungen und Neigungen beeinflussen die Studienfachwahl. Neben den intrinsischen Motiven macht etwa ein Drittel aller Studienanfänger/innen die Studienfachwahl von extrinsischen Beweggründen abhängig. Günstige Arbeitsmarktchancen, gute Verdienstmöglichkeiten, vielfältige berufliche Möglichkeiten sowie ein hoher beruflicher Status sind wichtige Entscheidungsparameter. Die Orientierung an der aktuellen Arbeitsmarktsituation hat in den letzten Jahren deutlich stärker die Studienwahl der Gymnasiasten beeinflusst. (Lischka 2006)

8.4. Studienstrukturreform

Deutschland hat sich gemeinsam mit 32 europäischen Staaten in der Bologna-Erklärung von 1999 dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 an der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums mitzuwirken. Wesentliches Merkmal des geplanten europäischen Hochschulraums sind gestufte Studiengangssysteme mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen.

Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen wurde von der Mehrheit der Wissenschaftsorganisationen begrüßt.⁷ Von zahlreichen Akteuren wird die Einführung gestufter Studiengänge mit den Erwartung verknüpft, dass

- sich die Studierbarkeit der Studiengänge verbessert,
- dadurch sich die Abbrecherquoten verringern und die Studienzeiten verkürzen,
- die Durchlässigkeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen erleichtert wird,
- sich der Praxisbezug des Studiums erhöht und
- das deutsche Hochschulsystem für ausländische Studierende attraktiver wird.

Obwohl bereits mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes im Jahr 1998 die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ermöglicht wurde (HRG 1998), verlief der Studienreformprozess an den deutschen Hochschulen sehr verhalten. Für das Studienjahr 2003 wird berichtet, dass „mittlerweile 19 Prozent der rund 11.000 angebotenen Studiengänge Bachelor- oder Masterstudiengänge“ sind. Lediglich 3,5% der Studierenden und 6,4% der Studienanfänger/innen hatten sich im Studienjahr 2003 für ein Bachelor- oder Masterstudium entschieden. (Konegen-Grenier 2004: 2)

Zum Wintersemester 2006/07 allerdings sind bereits 54% der rund 12.000 Studiengänge an den deutschen Hochschulen Bachelor- oder Master-Studiengänge. In den grundständigen Studiengängen finden sich nahezu ausschließlich Bachelor-Studiengänge. Nichtkonsekutive Master-Studiengänge sind vor allem weiterführende Studienangebote. (HRK Hochschulkompass) An zahlreichen Hochschulen stellen inzwischen Bachelor- und Masterstudiengänge bereits das Regelangebot dar.

⁷ vgl. HRK (1997a; 1997b), KMK (1999), Wissenschaftsrat (2000), vgl. auch BDA (2003)

8.4.1. Studiengänge im gestuften System⁸

Die ostdeutschen Fachhochschulen bieten im Wintersemester 2006/07 rund zwei Drittel ihres Lehrangebots als Bachelor-Studiengänge an; Immatrikulationen an den FHs sind überwiegend nur noch in Bachelorstudiengängen möglich. Traditionelle Studiengänge werden teilweise parallel angeboten; ein erheblicher Anteil von ihnen läuft aus. Die derzeitigen Planungen der ostdeutschen Fachhochschulen gehen davon aus, dass aus einer möglichst großen Anzahl von Bachelor-Studiengängen auch konservative Master-Programme entwickelt werden können.

Die ostdeutschen Universitäten bieten im Wintersemester 2006/07 42,5% ihrer Studiengänge als Bachelor-Studiengänge an. Gleichzeitig ist es möglich, sich in zahlreichen traditionellen Studiengängen (z.B. Medizin und Lehramt) zu immatrikulieren. An den ostdeutschen Universitäten ist der Bologna-Prozess schleppender vorangekommen als an den Fachhochschulen. (Übersicht 8-3)

Übersicht 8-3: Entwicklung der grundständigen Studiengänge an den ostdeutschen Hochschulen

Land	WiSe 1995/96			WiSe 2006/07						
	Uni	FH	Gesamt	Universitäten		Σ	Fachhochschulen		Σ	Gesamt
				traditionelle	Bachelor		traditionelle	Bachelor		
Brandenburg	106	39	145	29	55	84	18	39	57	141
Mecklenb.-V.	130	25	155	80	44	124	9	26	35	159
Sachsen	285	84	369	108	137	245	64	43	107	352
Sachs.-Anh.	153	43	196	99	60	159	2	71	73	232
Thüringen	109	25	134	144	44	188	14	35	49	237
Insgesamt	783	216	999	460	340	800	107	214	321	1.121

Quelle: Eigene Berechnungen nach Lewin (1997: 26ff.) und Hochschulkompass

⁸ zu den rechtlichen Regelungen vgl. oben 3.4. Studienreformen

Die Anzahl der grundständigen Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen ist in Ostdeutschland in der Zeitspanne vom Wintersemester 1995/96 bis zum Wintersemester 2006/07 insgesamt um 122 gestiegen. An den Universitäten fällt der Anstieg der grundständigen Studiengänge mit 17 Studiengängen deutlich geringer aus als an den Fachhochschulen (+ 105). In allen ostdeutschen Ländern haben die Fachhochschulen die Anzahl ihre grundständigen Studiengänge vom Wintersemester 1995/96 bis zum Wintersemester 2006/07 erhöht. An den Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt ist der Anstieg mit 40 Studiengängen am größten.⁹

Der quantitative Anstieg der Anzahl der Studiengänge an den ostdeutschen Fachhochschulen resultiert vor allem aus der Quote der eingeführten Bachelor-Studiengänge. 66% der Studiengänge an den Fachhochschulen sind im Wintersemester 2006/07 bereits Bachelor-Studiengänge; ein weiteres Drittel sind traditionelle Diplomstudiengänge, die parallel angeboten werden und teilweise auslaufen:

- In Brandenburg ist die Anzahl der Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen im Wintersemester 2006/07 identisch mit der Anzahl der Diplomstudiengänge im Wintersemester 1995/96.
- In Sachsen-Anhalt ist die Differenz zwischen der Anzahl der traditionellen Studiengänge im Wintersemester 1995/96 und der Anzahl der Bachelor-Studiengänge im Wintersemester 2006/07 mit 28 Studiengängen am größten.
- In Thüringen¹⁰ beträgt diese Differenz zehn Studiengänge.
- In Mecklenburg-Vorpommern ist ein Plus von einem Studiengang zu konstatieren.
- Lediglich in Sachsen liegt die Anzahl der Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen im Wintersemester 2006/07 nur bei 50% der Anzahl der traditionellen Studiengänge im Wintersemester 1995/96.

Der Anstieg der Zahl der Bachelor-Studiengänge im Wintersemester 2006/07 gegenüber der Anzahl der traditionellen Studiengänge im Wintersemester 1995/96 bedeutet eine teilweise Ausweitung des Studienangebots an den Fachhochschulen in Ostdeutschland.

⁹ In Thüringen ist die Anzahl der Studiengänge insgesamt um 24, in Sachsen um 23, in Brandenburg um 18 und in Mecklenburg-Vorpommern um 10 gestiegen.

¹⁰ In Thüringen ist der Anstieg der Anzahl der Studiengänge durch die Neugründung einer Fachhochschule bedingt.

An den ostdeutschen Universitäten ist die Anzahl der grundständigen Studiengänge vom Wintersemester 1995/96 zum Wintersemester 2006/07 nur in Thüringen (+79) und Sachsen-Anhalt (+6) gestiegen. Der überproportionale Anstieg der Anzahl der Studiengänge in Thüringen erklärt sich vor allem aus der Gründung der Universität Erfurt. In Sachsen (-40), in Brandenburg (-22) und in Mecklenburg-Vorpommern (-6) ist die Anzahl der universitären Studiengänge gesunken. Die Anzahl der Bachelor-Studiengänge an den Universitäten liegt in allen ostdeutschen Ländern im Wintersemester 2006/07 deutlich unter der Anzahl der Studiengänge im Wintersemester 1995/96.

Gemessen am Durchschnitt der ostdeutschen Länder zeigt sich, dass an Universitäten und Fachhochschulen im Wintersemester 2006/07 die Einführung gestufter Studiengänge in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich vorangekommen ist:

- An den Universitäten in Brandenburg und Sachsen liegt der Anteil der Bachelor-Studiengänge am Studienangebot über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder von 42,5%. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, aber vor allem in Thüringen ist ein Nachholbedarf feststellbar.
- An den ostdeutschen Fachhochschulen liegt im Wintersemester 2006/07 der durchschnittliche Anteil der Bachelor-Studiengänge am Studienangebot bei 66%. Unterhalb dieses Mittels liegt nur Sachsen (-26%).
- Im Wintersemester 2006/07 ist die Einführung gestufter Studiengänge in Sachsen-Anhalt (66%), in Brandenburg (65%) und in Thüringen (59%) im Vergleich zur Anzahl der Studiengänge im Wintersemester 1995/96 am weitesten vorangeschritten. In Sachsen (48%) und Mecklenburg-Vorpommern (45%) fällt diese Quote deutlich geringer aus.

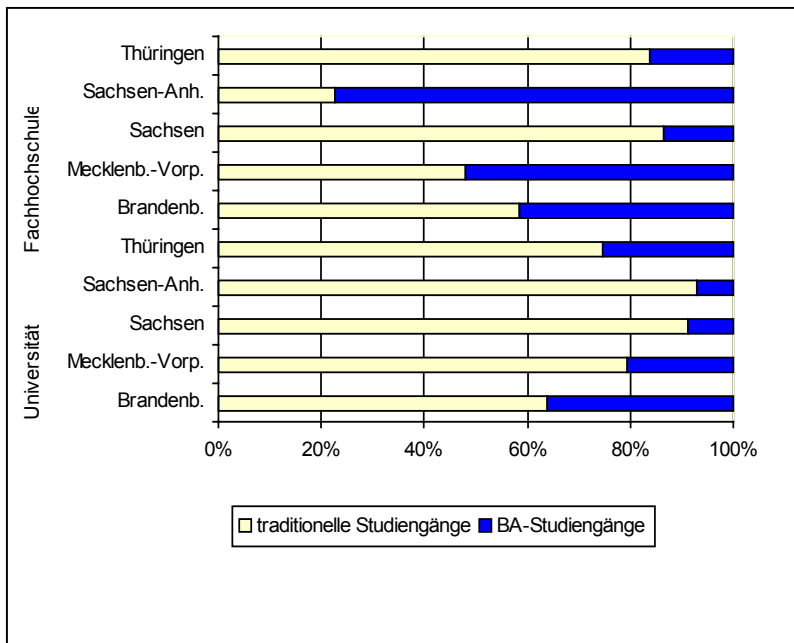
8.4.2. Studienanfänger/innen und Studierende in gestuften Studiengängen nach Hochschularten

12,5% der Studierenden in Deutschland waren im Wintersemester 2005/06 in einem Bachelor- oder Master-Studiengang eingeschrieben.¹¹ 29,4% der Studienanfänger/innen immatrikulierten sich im Studienjahr

¹¹ Im Wintersemester 2005/06 streben 10,2% der Studierenden einen Bachelor-Abschluss an und 2,3% der Studierenden einen Master-Abschluss. Aufgrund des geringen Master-Anteils wird auf eine vertiefende Auswertung verzichtet.

2005 in einem Bachelor-Studiengang. Damit ist in den letzten beiden Jahren der Anteil der Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang um 23 Prozentpunkte gestiegen. (Destatis 2006: Tabelle 8) Vorläufige Zahlen der HIS-Studienanfängerbefragung aus dem Wintersemester 2006/07 signalisieren einen weiteren Anstieg. Danach haben sich 48% der Studienanfänger/innen für einen Bachelor-Studiengang entschieden. (Krawietz/Müßig-Trapp 2007: 2) Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang um weitere 18 Prozentpunkte. (Krawietz/Müßig-Trapp 2007: 2)

Die Mehrzahl der Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang immatrikulierte sich im Studienjahr 2005 an einer Universität (55%), und rund 45% entschieden sich für ein Studium an einer Fachhochschule. In Ostdeutschland ist dies leicht abweichend: Dort entschieden sich im Studienjahr 2005 rund 51% der Bachelor-Studienanfänger/in-



Übersicht 8-4: Verteilung der Studienanfänger auf Studiengänge nach Bundesland und Hochschultyp (2005)

Quelle: Berechnet nach Destatis (2006)

nen für die Fachhochschule und 49% für die Universität. (Destatis 2006: Tabelle 8)

Trotz des quantitativen Ausbaus der Anzahl der Bachelor-Studiengänge am Studienangebot verläuft die Immatrikulation von Studienanfänger/innen in gestuften Studiengängen bis zum Studienjahr 2005 weiterhin schleppend (Übersicht 8-4). Rund 30% der Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005 haben sich in Ostdeutschland in einem Bachelor-Studiengang immatrikuliert; der überwiegende Anteil der Studienanfänger/innen entschied sich für ein traditionelles Studienangebot.

Der durchschnittliche Anteil der Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang war im Studienjahr 2005 in Ostdeutschland an den Fachhochschulen (40,1%) deutlich höher als an den Universitäten (19,5%):

- An den Universitäten in Brandenburg (36%), in Thüringen (25,3%) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,5%) liegt der Anteil der Studienanfänger/innen in einem Bachelor-Studiengang im Studienjahr 2005 deutlich über dem Durchschnitt an ostdeutschen Universitäten.
- Obwohl die Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt der ostdeutschen Länder weniger ihrer universitären Studiengänge als Bachelor-Studiengänge anbieten, liegt der Anteil der sich dort einschreibenden Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005 über dem Mittel in Ostdeutschland.
- Im Unterschied dazu liegt der Bachelor-Anteil unter den Studienanfänger/innen in Sachsen (8,8%), das eine deutlich höhere Anzahl an Bachelor-Studiengängen an den Universitäten aufweist, deutlich unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder. Stellenstreichungen im Hochschulbereich und die Umstellung auf gestufte Studiengangsmodele haben an den sächsischen Hochschulen zu einem starken Abbau der Studienplätze geführt.¹²

An den Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt (77,5%), in Mecklenburg-Vorpommern (51,9%) und in Brandenburg (41,4%) liegt der Bachelor-Anteil der Studienanfänger/innen über dem ostdeutschen Durchschnitt. In Sachsen-Anhalt haben sich im Studienjahr 2005 bereits drei Viertel aller Studienanfänger/innen an einer Fachhochschule für einen Bachelor-

¹² An den sächsischen Universitäten (vor allem an den Standorten Leipzig und Dresden) ist die Zahl der Studienplätze um 2.000 in den letzten drei Jahren gesunken (Killisch/Lenz 2007: ii).

Studiengang entschieden, in Mecklenburg-Vorpommern trifft dies auf mehr als die Hälfte der Studienanfänger/innen zu.

8.4.3. Studienanfänger/innen in gestuften Studiengängen nach Fächergruppen

Ein Drittel der Studienanfänger/innen an den ostdeutschen Universitäten hat sich 2005 in einem Bachelor-Studiengang in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften immatrikuliert. Rund ein Fünftel studiert in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 18% der Studienanfänger/innen haben sich für einen naturwissenschaftlichen Studiengang entschieden, und 14,5% der Studienanfänger/innen studieren Ingenieurwissenschaften. Zwischen den einzelnen ostdeutschen Ländern variiert dies allerdings erheblich:

- In Thüringen studieren rund 86% der Erstsemester in einem Bachelor-Studiengang in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie den Ingenieurwissenschaften.
- An den sächsischen Universitäten studieren in den Naturwissenschaften und den Sprach- und Kulturwissenschaften rund drei Viertel alle Studienanfänger/innen des Studienjahres 2005.
- In Sachsen-Anhalt ist der Anteil der Studienanfänger/innen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 44,5% am größten.

An den ostdeutschen Fachhochschulen immatrikulierten sich im Studienjahr 2005 die meisten Studienanfänger/innen in den Ingenieurwissenschaften (46,6%) sowie den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (25,9%). Etwa jeder achte Studienanfänger hat sein Studium in den Naturwissenschaften begonnen. Im Unterschied zu den Universitäten bieten die ostdeutschen Fachhochschulen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ihre Studiengänge in den Gesundheitswissenschaften als Bachelor-Studiengang an. (Übersicht 8-5)

Übersicht 8-5: Studienanfänger/innen in den Bachelor-Studiengängen nach Hochschultyp, Bundesland und Fächergruppe (Angaben in %)

	Brandenburg	Mecklenb.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen	Ø
Universitäten						
Sprach- und Kulturwissenschaften	33,4	39,8	30,4	17,0	48,8	33,9
Sport	1,2		1,9	12,5		3,1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28,2	24,6	13,1	44,5	6,7	23,4
Mathematik, Naturwissenschaften	16,9	12,2	46	11,0	4,1	18,0
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1,8	18,5	1,7			4,4
Ingenieurwissenschaften	16,8		2,8	15	38	14,5
Kunst, Kunstwissenschaft	1,7	4,8	4,4		2,3	2,6
Fachhochschulen						
Sprach- und Kulturwissenschaften	1,4		7,1	7,8		3,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	24,3	30,9	24,4	41	8,5	25,9
Mathematik, Naturwissenschaften	21,6	11,8	15,2	11		11,9
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	1,1	7,5		3,3		2,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften		7,6		8,6		3,2
Ingenieurwissenschaften	36,1	42,1	37,2	25,7	91,5	46,6
Kunst, Kunstwissenschaft			16,1	2,6		3,8

Angaben für 2005

Quelle: Berechnet nach Destatis (2006)

Ein Vergleich der Fächerspektren zeigt, dass die Studienreform die Profilunterschiede zwischen den Universitäten und Fachhochschulen eher

verringern dürfte, denn bis auf Studienmöglichkeiten in der Fächergruppe Sport halten die ostdeutschen Fachhochschulen Studienangebote aus allen weiteren Fächergruppen vor.

8.5. Studium von Ausländern

Der Anteil ausländischer Studierender¹³ an deutschen Hochschulen steigt anhaltend, seit 2001 von 11,0% auf 12,5% im Wintersemester 2005/06. Zwischen west- und ostdeutschen Hochschulen weicht der Anteil ausländischer Studierender an der Studentenschaft erheblich ab. Im Wintersemester 2001/2002 betrug die Differenz des Ausländeranteils zwischen west- und ostdeutschen Hochschulen fünf Prozentpunkte. Bis zum Wintersemester 2005/2006 sank diese Differenz auf 4,6 Prozentpunkte (wBL 13,2% : öBL 8,6%). Die ostdeutschen Länder steigern allmählich den Anteil ihre ausländischen Studierenden, allerdings dürfte der Aufholprozess gegenüber den westdeutschen Länder noch einige Jahre erfordern. Der Anteil ausländischer Studierender stagniert an westdeutschen Hochschulen seit dem Wintersemester 2003/04 bei etwa 13%.

Nicht alle Bundesländer sind in gleichem Maß an der Ausbildung der in Deutschland studierenden Ausländer beteiligt. Der Anteil ausländischer Studierender liegt im Wintersemester 2005/06 im Saarland (16,9%), in Baden-Württemberg (14,9%), in Hessen (14,7%), in Nordrhein-Westfalen (13,2%), in Brandenburg (12,9%) und in den Stadtstaaten Bremen (17,1%), Berlin (14,9%) und Hamburg (13,1%) über dem Bundesdurchschnitt von 12,5%. In Brandenburg liegt der Anteil ausländischer Studierender schon seit längerer Zeit über dem Bundesmittel. In Sachsen sind 8,8% der Immatrikulierten ausländische Studierende, in Sachsen-Anhalt 8,7%, in Mecklenburg-Vorpommern 6,1% und in Thüringen 5,9%. (Vgl. Destatis 2006)

Hinter diesen quantitativen Betrachtungen verbergen sich bemerkenswerte Entwicklungen in den ostdeutschen Ländern:

- Im Vergleich zum Jahr 2000 (100%) ist der Anteil der ausländischen Studierenden in allen ostdeutschen Ländern auf rund 160% im Jahr 2004 gestiegen.

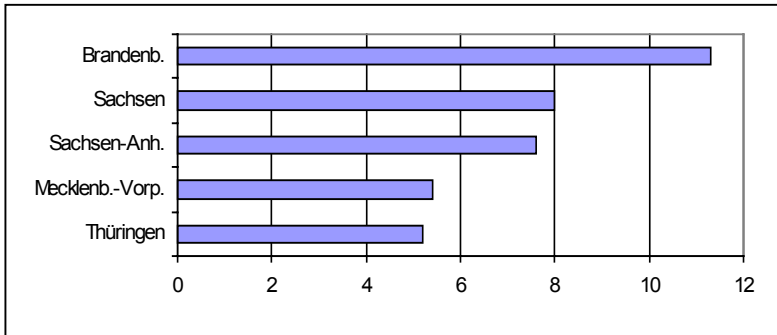
¹³ Ausländische Studierende sind Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, unabhängig davon, ob sie ihre Studienberechtigung in Deutschland (Bildungsinländer) oder im Ausland (Bildungsausländer) erworben haben.

- Mit einer Zuwachsrate von 60 Prozentpunkten liegt der Anstieg der ausländischen Studierenden in allen ostdeutschen Ländern über dem bundesweiten Mittel.
- Besonders hoch sind die Zuwachsraten an ausländischen Studierenden in den Studienjahren 2000 bis 2004 in Sachsen-Anhalt (+123%), Thüringen (+93%) und Mecklenburg-Vorpommern (+89%).
- Auch Brandenburg (+82%) und Sachsen (+74%) weisen für den Berichtszeitraum 2000 bis 2004 einen deutlich gestiegenen Anteil ausländischer Studierender aus. (Griesbach/Fuchs 2005: 7)
- Allerdings: Der Anteil der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen liegt 2005 bei 12,5%; in den ostdeutschen Ländern liegt der durchschnittliche Anteil ausländischer Studierender mit 8,6% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (Übersicht 8-6). Für das Wintersemester 2006/07 weist der Vorbericht der Bundesstatistik einen leichten Anstieg des Anteils ausländischer Studierender in Ostdeutschland auf 8,8% aus. Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil ausländischer Studierender mit 12,4% nahezu unverändert. (Destatis 2007b: 15ff.)
- In Brandenburg (12,9%) ist der Anteil ausländischer Studierender in Ostdeutschland am größten und liegt auch im Jahr 2005 leicht über dem Bundesdurchschnitt von 12,5%. In Sachsen (8,8%) und Sachsen-Anhalt (8,7%) liegt der Anteil ausländischer Studierender leicht über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder von 8,6%. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil ausländischer Studierender 2005 auf 6,1% gestiegen und in Thüringen auf 5,9%.

Die aktuellen Befunde verdeutlichen zwei Trends. Erstens: Die Zuwachsraten in den ostdeutschen Länder sind Anzeichen für einen beginnenden Aufholprozess. Zweitens: Die deutschen Hochschulstandorte werden von den ausländischen Studierenden als unterschiedlich attraktiv empfunden. Brandenburg ist das einzige ostdeutsche Land, in dem der Anteil ausländischer Studierender über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig und komplex. So ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in den öBL deutlich geringer als in den wBL (Block/Klemm 2005: 3ff.). Damit die ostdeutschen Hochschulen für von außen anzuwerbende ausländische Studierende attraktiver werden, bedarf es beispielsweise solcher Studienangebote, die speziell auf die Bedürfnisse von ausländischen Studieninteressierten zugeschnitten sind, einer massiv verbesserten Ausländerakzeptanz in der Bevölkerung und den

Behörden sowie wirksamer Marketingaktivitäten in den Herkunftsländern.



Übersicht 8-6: Anteil der Bildungsausländer unter den Studierenden an ostdeutschen Hochschulen (in %) (2004)

Quelle: Berechnet nach Destatis (2006: Tabelle 17)

8.6. Studierendenzahlen: Entwicklung und Prognose

Für die Hochschulentwicklung sind, neben politischen Rahmenbedingungen und politisch angestrebten Reformen, vor allem die tatsächliche und die prognostizierte Studiennachfrage von zentraler Bedeutung. In der Zeit von 1995 bis 2003 weisen alle ostdeutschen Länder steigende Studienanfängerzahlen aus.¹⁴ Mit dem Jahr 2004 sinkt die Zahl der Studienanfänger/innen in fast allen ostdeutschen Ländern, nur in Mecklenburg-Vorpommern ist die Zahl auch im Jahr 2004 höher als 2003. In Brandenburg ist trotz rückläufiger Studienanfängerzahlen die Anzahl der Frauen unter diesen auch im Jahr 2004 gestiegen (Übersicht 8-7).

¹⁴ Gleichwohl ist der Anstieg der Studienanfängerzahlen in Ostdeutschland geringer als der zu Beginn der 90er Jahre konzipierte kapazitative Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze; vgl. oben Kapitel 2: Die Struktur der ostdeutschen Hochschullandschaft. Entwicklungen des zurückliegenden Jahrzehnts und aktueller Stand.

Übersicht 8-7: Entwicklung der Anzahl der Studienanfänger/innen in Ostdeutschland von 1995 bis 2004

	1995	2000	2003	2004
Brandenburg				
gesamt	4.448	7.204	7.933	7.653
davon Frauen	2.655	3.599	3.859	3.905
Mecklenburg-Vorpommern				
gesamt	3.987	5.782	7.011	7.124
davon Frauen	2.122	2.955	3.644	3.788
Sachsen				
gesamt	14.115	18.013	21.792	20.464
davon Frauen	7.108	8.613	10.097	9.575
Sachsen-Anhalt				
gesamt	5.484	8.271	10.925	10.601
davon Frauen	3.032	4.343	5.635	5.197
Thüringen				
gesamt	5.825	8.770	9.487	9.111
davon Frauen	2.838	4.379	4.684	4.596

Quelle: ICE-Datenbank der Länderministerien (HIS)

Übersicht 8-8: Entwicklung der Anzahl der Studierenden in Ostdeutschland von 1995 bis 2004

	1995	2000	2003	2004
Brandenburg				
gesamt	19.486	33.015	39.614	41.036
davon Frauen	10.133	16.399	19.678	20.313
Mecklenburg-Vorpommern				
gesamt	18.394	27.171	32.005	34.613
davon Frauen	8.857	13.989	16.313	17.736
Sachsen				
gesamt	67.231	84.516	103.003	106.552
davon Frauen	29.727	40.495	48.833	50.140
Sachsen-Anhalt				
gesamt	27.299	38.227	48.715	52.439
davon Frauen	13.523	19.929	25.394	26.917
Thüringen				
gesamt	27.497	39.752	49.193	48.683
davon Frauen	12.265	19.017	23.718	23.651

Quelle: ICE-Datenbank der Länderministerien (HIS)

Die bis ins Jahr 2003 tendenziell steigenden Studienanfängerzahlen in den ostdeutschen Ländern haben auch bis ins Jahr 2004 steigende Studierendenzahlen zur Folge (Übersicht 8-8). Nur in Thüringen sinkt die Anzahl der Studierenden von 2003 zu 2004 um 510 Studierende.

Insgesamt hat aber auch die in den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten erfolgte Expansion der Hochschulbildungsbeteiligung nicht dazu geführt, dass der Studierendenanteil der ostdeutschen Länder ihrem gesamtdeutschen Bevölkerungsanteil entspricht. Lediglich in Sachsen entspricht der Studierendenanteil (5,4%) in etwa dem Bevölkerungsanteil (5,2%). In Brandenburg ist die Differenz am größten: Dort leben 3,1% der deutschen Bevölkerung und sind 2,1% der Studierenden eingeschrieben. (Dohmen/Himpele 2007: 61)

Die mögliche bzw. zu erwartende künftige Nachfrage nach tertiärer Bildung wird durch Prognosen identifiziert (KMK 2003: 26f.; KMK 2005b). Die prognostischen Betrachtungen zur Projektion der künftigen Studienanfängerzahlen basieren im wesentlichen auf der Entwicklung der Schulabsolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife sowie auf der Geburtenentwicklung. Weitere wichtige Einflussfaktoren sind Bildungsbeteiligung und Dauer der Schulzeit bis zur Erlangung der Hochschulreife.

Die aktuelle Prognose der Studienanfänger/innen, Studierenden und Hochschulabsolventen der Kultusministerkonferenz bis zum Jahr 2020 generiert daraus die folgenden Grundaussagen:

- Die zu erwartende Nachfrage nach tertiärer Bildung in Deutschland wird bis zum Jahr 2011 aufgrund von Schulzeitverkürzungen um 21% gegenüber dem Jahr 2003 ansteigen und im Jahr 2012 ihren Höhepunkt erreichen.¹⁵
- Die Zahl der Studierenden wird in Deutschland bis zum Jahr 2014 um bis zu 36% weiter ansteigen.
- Die Anzahl der Absolventen und Absolventinnen könnte deutschlandweit bis ins Jahr 2019 um bis zu 53% ansteigen.
- Nach 2019 kann von rückläufigen Zahlen ausgegangen werden, die vor allem demografisch bedingt sind (KMK 2005b: 5).
- Im Jahr 2020 ist mit Studienanfängerzahlen zu rechnen, die in etwa dem jetzigen Niveau der Studiennachfrage entsprechen (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 102).

¹⁵ Die erwartete Nachfrage wird um 22% über 2004 liegen (KMK 2005b: 5).

Dieses Szenario gründet vor allem auf zwei Annahmen: Einerseits wird die quantitative Stärke der Altersjahrgänge, die bis 2020 eine Studienberechtigung erlangen, bundesweit nur geringfügig sinken; andererseits wird die Studienberechtigtenquote von 37% im Jahr 2000 auf voraussichtlich 39% im Jahr 2008 steigen und in den folgenden Jahren bis 2020 um diesen Wert schwanken (KMK 2003: 4).¹⁶ Daneben basiert der prognostizierte Anstieg auf 2,4 bis 2,7 Mio. Studenten auf der Annahme, dass die von der KMK für das Jahr 2003 ermittelten Verweildauern an Universitäten (14,08 Hochschulsemester) und Fachhochschulen (9,99 Hochschulsemester) für den Prognosezeitraum bis 2020 konstant gehalten werden (KMK 2005: 20) Damit geht das Prognosemodell der KMK davon aus, dass durch die Einführung gestufter Studiengangmodelle von keiner wesentlichen Verkürzung der Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen auszugehen ist.

Im Unterschied dazu arbeitet eine Prognose des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) mit der Annahme einer deutlichen Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer von derzeit 6,5 auf unter 5 Jahre. In der Folge prognostiziert FiBS gesamtdeutsch „einen Rückgang auf 1,8, wenn nicht gar 1,6 Millionen Studenten in der Mitte des kommenden Jahrzehnts. Anschließend werden die Zahlen weiter sinken und 2020 bei rund 1,5 Millionen liegen“ (Dohmen 2007).¹⁷

Andererseits kann aber auch davon ausgegangen werden, dass Hochschulen, die 80 bis 50% ihrer Studierenden mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss exmatrikulieren, künftig erheblich in ihrer Attraktivität für Studieninteressierte sinken: In der Gunst der Studieninteressierten werden Hochschulen steigen, die einer möglichst großen Anzahl ihrer

¹⁶ Die Studienberechtigtenquote ist der wichtigste Indikator für den Zugang zum Hochschulbereich. Sie gibt an, welcher Anteil der 18- bis einschließlich 20-Jährigen über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügt.

¹⁷ Für das Absinken der Anzahl der Studierenden werden vor allem zwei Entwicklungen für bedeutsam gehalten: Zum einen die Einführung der zweiphasigen Studienstruktur (Bachelor und Master) und zum anderen die Festlegung, dass der Bachelor der Regelabschluss an deutschen Hochschulen ist und „die meisten Studenten die Hochschulen nach einem etwa sechssemestrigen Studium verlassen und dann einen Arbeitsplatz suchen wollen – oder müssen, weil sie nicht weiter studieren dürfen“ (Dohmen 2007). Wie viele Studierende letztlich tatsächlich die Hochschulen mit dem Bachelor verlassen, ist derzeit noch vollkommen offen. Die derzeitig an den Hochschulen und der Politik diskutierten Übergangsquoten vom Bachelor zum Master von 20 bis 50% dürften angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels in Deutschland deutlich zu gering sein. In den Ingenieurwissenschaften oder in der Medizin beispielsweise dürfte die Übergangsquote weit über 50% liegen, um die Berufsfähigkeit der Absolventen und eine Verwertbarkeit des Bildungsabschlusses auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Studierenden den Masterabschluss im „Direktstudium“ und damit den Einstieg auch ins höherwertige Beschäftigungssegment ermöglichen. Unter Berücksichtigung formaler Wettbewerbskriterien kann dann davon ausgegangen werden, dass sich die Hochschulen nicht freiwillig eines Wettbewerbsvorteils durch eine drastische Reduzierung der Übergangsquote vom Bachelor zum Master berauben werden. In diesem Falle würden sich die künftigen Studierendenzahlen zwischen den Prognosen der KMK und des FiBS bewegen.

In den einzelnen Bundesländern allerdings werden sich die Zahlen bis zum Jahr 2020 in jedem Falle sehr unterschiedlich entwickeln. In Westdeutschland wird generell die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten bis etwa 2018 gegenüber 2007 steigen (Gabriel 2007). In Ostdeutschland hingegen wird die Zahl der Studienberechtigten ab 2009 tendenziell rückläufig sein (Übersicht 8-9).

Übersicht 8-9: Prognostizierte Entwicklung der Anzahl der Studienberechtigten in Ostdeutschland von 2007 bis 2020

Land Jahr	Brandenburg	Mecklenb.-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen	Summe Ost-Dtl.	Summe West-Dtl.	Gesamt
2007	13.600	7.470	20.900	19.480	11.500	72.950	344.700	417.650
2008	13.400	13.360	20.200	10.440	10.900	68.300	351.170	419.470
2009	12.300	6.120	17.100	8.570	9.180	53.270	359.270	412.540
2010	11.300	4.070	13.100	6.400	6.930	41.800	366.600	408.400
2011	9.300	3.450	11.000	5.450	5.880	35.080	410.530	445.610
2012	7.100	3.170	10.100	4.960	5.380	30.710	380.630	411.340
2013	6.600	3.050	9.700	4.630	5.000	28.980	400.470	429.450
2014	6.800	3.280	9.900	4.680	5.570	30.230	349.220	379.450
2015	6.900	3.720	10.300	5.000	5.990	31.910	343.910	375.820
2016	7.500	3.660	10.800	5.140	6.320	33.420	344.580	378.000
2017	7.500	3.680	11.200	5.380	6.140	33.900	344.120	378.020
2018	7.900	3.790	11.500	5.440	6.260	34.890	337.830	372.720
2019	8.000	3.900	11.800	5.360	6.370	35.430	329.870	365.300
2020	8.000	3.810	11.700	5.580	6.370	35.460	320.500	355.960

Quelle: KMK (2005: 9*)

Bis 2013 wird die Zahl der Abiturienten in allen ostdeutschen Ländern rückläufig sein (vgl. Übersicht 8-9). Für die Jahre ab 2014 ist ein leichter

Anstieg der Anzahl der Abiturienten prognostiziert, der jedoch deutlich unter dem Niveau von 2007/08 bleiben wird. Der insgesamt zu erwartende Rückgang wird sich in den einzelnen ostdeutschen Ländern differenziert gestalten, zumal alle Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten bis zum Jahr 2007 ihre Schulzeit auf zwölf Jahre reduzieren und somit die tatsächliche Anzahl der Abiturienten pro Jahr erheblich differieren kann:

- In Brandenburg sinkt die Zahl der Abiturienten in der Zeitspanne von 2007 bis 2013 um 51%.
- Im gleichen Zeitfenster verringert sich in Sachsen die Zahl der Abiturienten um 54%.
- In Thüringen wird die Abiturientenzahl zwischen 2007 und 2013 auf etwa 57% reduziert sein.
- In Mecklenburg-Vorpommern sinkt die Zahl der Abiturienten von 7.470 im Jahr 2007 auf 3.050 Abiturienten im Jahr 2013, dies entspricht einem Rückgang der Hochschulzugangsberechtigten um 59%.¹⁸

Zur Kontrastierung der gegenläufigen Trends in den ostdeutschen und westdeutschen Ländern sei exemplarisch auf die zu erwartende Entwicklung der Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten in Baden-Württemberg verwiesen. Für Baden-Württemberg wird ein Anstieg von 11% prognostiziert, in absoluten Zahlen: von 53.600 Abiturienten im Jahr 2007 auf 59.300 Abiturienten im Jahr 2013 (KMK 2005b: 9*). Am Ende des Prognosezeitraums 2020 liegt die Anzahl von 51.600 Hochschulzugangsberechtigten in Baden-Württemberg auf dem Niveau des Jahres 2006.

Sollten diese prognostizierten Annahmen eintreffen, so stellen Kapazitätsberechnungen des CHE (Buch/Hener/Stuckrad 2006) die vom Wissenschaftsrat vertretene Position in Frage, wonach die bestehenden Kapazitäten in Ostdeutschland die steigende Nachfrage nach Studienplätzen in den westdeutschen Ländern „bei rein zahlenmäßiger Betrachtung“ (Wissenschaftsrat 2006: 42) kompensieren könnten. Viel eher, so das CHE, könne davon ausgegangen werden, dass die zu erwartende Nachfrage mit den derzeitig bundesweit verfügbaren Kapazitäten nicht gedeckt werden kann (Buch/Hener/Stuckrad 2006: 9). Ein Rückgang der Studienanfän-

¹⁸ Sachsen-Anhalt kann hier wegen Unvergleichbarkeit des Jahres 2007 nicht einbezogen werden: Mit 76% ist dort der prognostizierte Rückgang der Abiturientenzahl im Vergleich aller ostdeutschen Länder im Jahr 2007 am größten, allerdings infolge Schulzeitverkürzung und dadurch doppelter Abiturjahrgänge (von 19.480 Abiturienten im Jahr 2007 über 10.440 im Jahre 2008 auf 4.630 Abiturienten im Jahr 2013).

gerzahlen sei aus demografischen Gründen frühestens in der Zeit nach 2020/25 zu erwarten, wenn die Kinder der geburtenschwachen Jahrgänge in das Studieralter kommen (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 109).

Auf den zu erwartenden Anstieg der Studierendenzahlen auf bis zu 2,67 Millionen im Jahr 2014 und die weiterhin auf hohem Niveau anhaltende Studiennachfrage bis ins Jahr 2020 zeichnen sich zwei Reaktionen ab. Einerseits nutzen die Hochschulen (notgedrungen) die Möglichkeit, durch lokale Zulassungsbeschränkungen die steigende Nachfrage nach tertiärer Bildung zu drosseln, um somit die Überlast zu dämpfen. Andererseits wird ein Kapazitätsausbau und eine Kapazitätssicherung der Hochschulen in Angriff genommen: Der Hochschulpakt von Bund und Ländern sieht bis 2010 die Schaffung von bundesweit 90.000 zusätzlichen Studienplätzen vor. Daneben kann der Überschuss an Studienkapazitäten in Ostdeutschland die sich abzeichnenden kapazitiven Probleme zwar nicht kompensieren, aber zumindest mildern.

Mit dem Ziel der Kapazitätssicherung haben Bund und Ländergemeinschaft den ostdeutschen Ländern im „Hochschulpakt 2020“ für die Jahre 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15% der Mittel zugesagt, die vom Bund jährlich zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug verpflichten sich die ostdeutschen Länder, die Studienanfängerzahlen auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren sicherzustellen. (BMBF 2007) Der Erhalt der Kapazitäten in Ostdeutschland, so die zugrundeliegende Annahme, dürfte weit weniger finanzielle Mittel erfordern als der Aufbau neuer Kapazitäten in den westdeutschen Ländern. Ein Anstieg der West-Ost-Mobilität um durchschnittlich etwa drei bis vier Prozentpunkte könnte zu einer wesentlich besseren Auslastung der verfügbaren Kapazitäten in Ostdeutschland beitragen.

8.7. Fazit

Die aktuelle Prognose zur Studiennachfrage in Deutschland bis ins Jahr 2020, in Auftrag gegeben durch die Kultusministerkonferenz, liefert für Gesamtdeutschland sowie für die westdeutschen und ostdeutschen Länder sehr unterschiedliche Szenarien. In Gesamtdeutschland wird die zu erwartende Nachfrage nach tertiärer Bildung bis zum Jahr 2011 aufgrund von Schulzeitverkürzungen um 21% gegenüber dem Jahr 2003 ansteigen und vermutlich im Jahr 2012 den prognostizierten Höchststand erreichen. Bis 2014 wird die Zahl der Studierenden und bis 2019 die Zahl der Absolven-

ten in Deutschland weiter ansteigen. Erst für nach 2020 werden rückläufige Zahlen der Hochschulzugangsberechtigten in Deutschland prognostiziert, die vor allem demografisch bedingt sind.

In den einzelnen Bundesländern jedoch wird sich das Aufkommen an Hochschulzugangsberechtigten bis zum Jahr 2020 sehr unterschiedlich entwickeln. In Westdeutschland wird generell die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten bis etwa 2018 steigen. In Ostdeutschland hingegen wird die Zahl der Studienberechtigten ab 2009 tendenziell rückläufig sein. Ab 2014 kann ein leichter Anstieg der Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten in Ostdeutschland erwartet werden, der jedoch deutlich unter dem Niveau von 2007/08 liegt. In den westdeutschen Ländern ist um 2020 mit einem Aufkommen an Hochschulzugangsberechtigten zu rechnen, das etwa das Niveau des Jahres 2006 erreicht.

Der prognostizierte Anstieg der Studierendenzahlen auf bis zu 2,67 Millionen im Jahr 2014 überlastet die derzeitigen Kapazitäten der deutschen Hochschulen sehr deutlich. Um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu sichern und sie zugleich für eine erhöhte Zahl von Studienanfänger/innen offen zu halten, haben Bund und Länder die Schaffung von 90.000 zusätzlichen Studienplätzen bis 2010 vereinbart sowie die Zusage der ostdeutschen Länder ausgehandelt, die derzeitigen Studienkapazitäten weiterhin vorzuhalten. Die ostdeutschen Hochschulen stehen damit vor der Aufgabe, durch aktive Studierendenwerbung diese Studienplätze auch zu besetzen. Das Werben um Studierende aus Westdeutschland ist für die ostdeutschen Länder aber nicht nur aus Gründen der Auslastung der Hochschulen von besonderem Interesse. Vielmehr stehen die östlichen Bundesländer auch vor der Herausforderung, den Bedarf ihrer regionalen Arbeitsmärkte an hochqualifiziertem Fachpersonal dauerhaft zu befriedigen.

Zu leisten sind zweierlei Trendumkehrungen. Zum einen muss die generelle Mobilitätsneigung der Studieninteressierten gesteigert werden: Bislang wählen lediglich 13% der Studierenden einen Hochschulort, der nicht in ihrem oder einem benachbarten Bundesland liegt. Zum anderen muss ein verfestigter Mobilitätstrend von ostdeutschen Studieninteressierten umgekehrt werden: In den letzten Jahren war die Wanderungsbilanz zwischen ost- und westdeutschen Ländern unausgeglichen, da deutlich mehr Studienberechtigte Ostdeutschland verlassen haben als aus Westdeutschland zugewandert sind.

Mit der Diskussion um und der beginnenden Einführung von Studiengebühren im Jahr 2005 an westdeutschen Hochschulen ist die Attraktivität

tät der ostdeutschen Hochschulen in der Wahrnehmung der Studieninteressierten gestiegen. Der Anteil der ostdeutschen Gymnasiasten, die ein Studium an einer ostdeutschen Hochschule erwägen, ist von 2002 bis 2005 um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen, und der Anteil der westdeutschen Studienberechtigten, der gegebenenfalls ein Studium in Ostdeutschland aufnehmen würde, ist von 42% im Jahr 2002 auf 63% im Jahr 2005 angestiegen. Gleichzeitig haben die ostdeutschen Hochschulen in den letzten Jahren ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu den westdeutschen Hochschulen eingebüßt. Seit etwa 2004 wird eine Annäherung der Lehrenden-Studierenden-Kontaktdichte an den ost- und westdeutschen Hochschulen sichtbar. Setzt sich dieser Trend fort, dann schwindet für Studieninteressierte aus den westdeutschen Ländern ein gewichtiges Motiv für ein Studium an einer ostdeutschen Hochschule.

Zum Wintersemester 2006/07 sind 54% der rund 12.000 Studiengänge an den deutschen Hochschulen Bachelor- oder Master-Programme. In den grundständigen Studiengängen finden sich inzwischen nahezu ausschließlich Bachelor-Programme. Master-Studiengänge finden sich vor allem bei den weiterführenden Studienangeboten. Die ostdeutschen Fachhochschulen bieten rund zwei Drittel ihres Lehrangebots im Wintersemester 2006/07 als Bachelor-Studiengänge an; an den Universitäten sind es 42,5% des Studienangebots.

Trotz des quantitativen Ausbaus der Anzahl der Bachelor-Studiengänge am Studienangebot verläuft die Immatrikulation von Studienanfänger/innen in gestuften Studiengängen im Studienjahr 2005 weiterhin nur verhaltend steigend. Rund 30% der Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005 haben sich in Ostdeutschland in einem Bachelor-Studiengang immatrikuliert; der überwiegende Anteil der Studienanfänger/innen entschied sich für ein traditionelles Studienangebot. Vorläufige Auswertungen der HIS-Studienanfängerbefragung aus dem Wintersemester 2006/07 zeigen indes einen Aufwärtstrend bei der Studiennachfrage nach Bachelor-Angeboten: 48% der Studienanfänger/innen haben sich im letzten Wintersemester in einen Bachelor-Studiengang immatrikuliert. Abweichend vom Bundesdurchschnitt entscheiden sich die Studienanfänger/innen in Ostdeutschland häufiger für ein Bachelor-Studium an einer Fachhochschule (51%) als an einer Universität (49%).